

Lebensmittelversorgung.

Zu der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und der neuen Erhöhung der Kartoffelpreise gab der Minister des Innern, Graf Bismarck, wie unser Dresdener Mitarbeiter drahtet, in der sächsischen Zweiten Kammer eine wichtige Erklärung ab. Er erklärte bei der Beratung der Teuerungsfrage, daß die Regierung den wirtschaftlichen Schaden, die durch die Lebensmittelknappheit und die dadurch hervorgerufenen Preissteigerungen namentlich der minderbemittelten Bevölkerung zugefügt werde, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werde. Leider habe die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt, daß die Verhältnisse, besonders auf dem Gebiet der Preisbildung, sich als stärker erwiesen, als die Wünsche und Absichten der Regierung. Eine Festsetzung der Preise unter ausschließlicher Wahrung der Interessen der Verbraucher sei allerdings schlechterdings nicht möglich. Dadurch würde die Einfuhr aus dem Auslande abgeschnitten und im Inland die Anregung zur Erzeugung vermindert werden. All das würde nur dazu führen, daß das Volk zwar billige Preise hätte, aber keine Ware. Dies gelte insbesondere von den Kartoffelpreisen. Die starke Preissteigerung, die am 15. März eintrete, gehöre zweifellos zu den bedauerlichsten Erscheinungen auf diesem Gebiet. Welche Gründe hierzu geführt hätten, könne er nicht angeben. Diese Preissteigerungen sind nicht vom Bundesrat, sondern auf Grund einer Ermächtigung des Bundesrats vom Reichstanzler getroffen worden. Der Minister sei daher nicht in der Lage, diese Preise vor dem Landtag zu rechtfertigen. Die sächsische Regierung sei selbst überrascht worden. Die Verhältnisse seien trotz aller Erhebungen sehr schwer zu übersehen und zu beurteilen, doch müsse angenommen werden, daß schwerwiegende Gründe für die Preiserhöhungen gesprochen hätten. Es bleibe nun zu prüfen, ob und in welchem Umfange bei dieser Sachlage durch staatliche Maßnahmen eine Erleichterung des auf der minderbemittelten Bevölkerung liegenden Druckes erzielt werden könne. Ganz besonders scheint es notwendig, für die Ernährung der Kinder zu sorgen, die sichergestellt werden müsse im Interesse der Zukunft und der Menschlichkeit. Die Regierung habe sich daher entschlossen, monatlich 250 000 M. zur Verfügung zu stellen, die an die Gemeinden verteilt werden sollen, um eine Verbilligung der Lebensmittel zu erzielen. Dieser Entschluß sei der Regierung zwar nicht leicht gefallen, da der monatliche Aufwand des Staates für Kriegszwecke schon jetzt 1 Mill. M. betrage und nunmehr auf 1½ Mill. steigen werde, worin der Aufwand zur Unterstützung der Textilarbeiter noch nicht eingeschlossen sei, aber die Verhältnisse hätten eine solche staatliche Unterstützung notwendig gemacht. Die Regierung werde bemüht bleiben, selbst unter Anwendung bedeutenderer Mittel Herr der Schwierigkeiten zu werden, die die arme Bevölkerung drücken. Er zweifle nicht daran, daß dies gelingen und die Gemeinden dabei mithelfen würden.